

AG Wirtschaftliche Zusammenarbeit und
Entwicklung

**Globale Politik muss Bekämpfung von HIV/AIDS
intensivieren**

Die Sprecherin der Arbeitsgruppe Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung der SPD-Bundestagsfraktion, Karin Kortmann, erklärt:

Auf Vorschlag der SPD hat sich der Ausschuss für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung auf eine gemeinsame Beschlussempfehlung verständigt. Darin fordert der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auf,

- sich auf internationaler Ebene in den Institutionen der Vereinten Nationen (UN) sowie gegenüber der Europäischen Union (EU) und dem Development Assistance Committee (DAC) der OECD für die Umsetzung des HIV/Aids-Bekämpfungsziels der Millenniumserklärung der UN einzusetzen;
- sich nach der Anerkennung des Globalen Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria (GFATM) als ein zentrales Instrument zur globalen Bekämpfung von HIV/Aids dort verstärkt politisch zu engagieren und entsprechend der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Deutschlands sich finanziell stärker zu beteiligen;
- sich bei internationalen Gremien und in internationalen Diskussionen dafür einzusetzen, dass für den GFATM zusätzliche Beiträge nichtstaatlicher Geber, das heißt von der Privatwirtschaft, privaten Spendern und NRO, eingeworben werden, damit sich die "globale Partnerschaft" zwischen UN, Wirtschaft und Zivilgesellschaft bei der HIV/Aids-Bekämpfung intensiviert;
- ihren Einfluss auf internationaler Ebene auch in persönlichen

Kontakten zu nutzen, um Diskriminierung und Stigmatisierung von Menschen mit HIV/Aids zu überwinden und hierdurch eine offene Auseinandersetzung mit dem Thema HIV/Aids, zu ermöglichen;

- zu prüfen ob das Vorliegen eines angemessenen politischen Engagements für die HIV/Aids-Bekämpfung positiv bei der Prüfung von möglicher bilateraler Zusammenarbeit mit Entwicklungsländer, die hohe HIV/Aids-Infektionsraten zu verzeichnen haben, berücksichtigt werden kann;
- innerhalb der Weltbank darauf einzuwirken, dass Mittel für Maßnahmen der HIV/Aids-Prävention und -Behandlung überwiegend als Zuschüsse und nicht als Kredite vergeben werden, um eine weitere Verschuldung der ärmsten Länder zu vermeiden;
- sich weiterhin dafür einzusetzen, dass HIV/Aids-Bekämpfung als multisektoraler Ansatz (DAC-/WHO - Richtlinien zu Armut und Gesundheit) in die nationalen Armutsbekämpfungsstrategien der Entwicklungsländer (PRSP) integriert wird und so konzipiert wird, dass sie den Kampf gegen die Armut zusätzlich unterstützt;
- gegenüber der EU-Kommission darauf hinzuwirken, dass die Armutsorientierung der europäischen Entwicklungszusammenarbeit noch weiter verbessert und die präventive Ausrichtung des gemeinschaftlichen Aktionsprogramms zur HIV/Aids-Bekämpfung gestärkt und mit nationalen Aktivitäten in den Entwicklungsländern besser verzahnt wird;
- die Transparenz der Mittelvergabe zur HIV/Aids-Bekämpfung unter Berücksichtigung der 25 Kategorien so genannter key interventions von UNAIDS zu verbessern;
- bei der praktischen Umsetzung der bilateralen deutschen Entwicklungszusammenarbeit und des Aktionsprogramms 2015 weiterhin entsprechend der Millenniumsziele ein besonderes und längerfristig verstärktes Gewicht auf die HIV/Aids-Bekämpfung zu legen und dabei den Interessen und Bedürfnissen der jungen Generationen besonders Rechnung zu tragen;
- künftig bei Projekten der bilateralen Zusammenarbeit Prävention, Behandlung sowie Betreuung und Versorgung von HIV-Patienten und ihrer Angehörigen, und insbesondere der Waisen verstärkt zu berücksichtigen;
- das Empowerment von Frauen und Mädchen durch Maßnahmen zur Verbesserung ihrer wirtschaftlichen, rechtlichen und gesellschaftlichen Situation als zentralen Entwicklungsfaktor in Entwicklungsländern weiter zu stärken;
- die Kooperationsländer verstärkt auf die Notwendigkeit und den Erfolg von Sexualbildung im Bereich der Prävention durch Aufklärungs- und Informationsprogramme hinzuweisen als wichtigen Beitrag, um Neuinfektionen zu verhindern;
- den Dialog zwischen Pharmaindustrie und Laborgeräteherstellern und Entwicklungsländern weiterhin zu unterstützen mit dem Ziel einer breiten

Bereitstellung von kostengünstigen, qualitativ hochwertigen anti-retroviralen Medikamenten und der fachkundigen Ausbildung von medizinischen Personal in Entwicklungsländern;

- den weiteren Ausbau von Public Private Partnerships zu unterstützen und voranzutreiben.